

Schweizerische Gesandtschaft

in
Berlin

R./Mr. -

Berlin, den 27. Juni 1925.

Ich besuche!
M.
q.c.

Zu Zerkulatur
29.6.25.
M.

Politischer Bericht No. 14/1925.

Zumut am
2.7.25

Herr Bundesrat,

Die Aufnahme, die der französischen Antwortnote auf den deutschen Sicherheitsvorschlag bevorstand, charakterisiert der Ausspruch Stresemanns mir gegenüber: Amundsen habe ihm einen grossen Dienst erwiesen, gerade am Tage vor der Veröffentlichung der Note zurückgekehrt zu sein, da er damit das öffentliche Interesse und den Fettdruck der Zeitungen auf sich konzentriert und etwas von der Note abgelenkt habe. Damit hat der Vater des Faktvorschlages der Enttäuschung Ausdruck gegeben, die seines Erachtens die französische Antwort beim deutschen Volk auslösen muss und wohl auch bei ihm persönlich ausgelöst hat. Er äusserte sich denn auch über die Möglichkeit einer Verständigung wenn auch nicht gerade pessimistisch, so doch skeptisch. Nicht gerade pessimistisch deshalb, weil er immerhin erwähnte, für den Fall von Deutschlands Beitritt zum Völkerbund einen sehr geeigneten Vertreter in dessen Rat ins Auge gefasst und die

An den Chef

des Eidgenössischen Politischen Departementes,

Herrn Bundesrat M o t t a ,

B E R N .

Dodis



Absicht zu haben, einer Vollversammlung vielleicht
persönlich beizuwohnen. Im übrigen verhehlte er
seine ernstesten Bedenken gegen die Briand'sche Lösung
nicht. Schwer tragbar sei für Deutschland die Duldung
des Durchmarschrechts, unannehmbar die Bindung der
Ostgrenzen und die französische Garantie der Schieds-
verträge mit Polen und der Tschechoslowakei. Hinsicht-
lich dieser Schiedsverträge sodann lehnt er den offen-
bar gemachten Hinweis auf das neue schweizerische System
der restlosen Schiedsgerichtsbarkeit als für Deutschland
nicht brauchbar ab. In der Tat würde ja der Zwang,
auch Streitigkeiten über Fragen, die die Unabhängig-
keit, die Unversehrtheit des Gebiets oder andere höchste
Lebensinteressen eines Landes betreffen, dem Schieds-
gericht zu unterbreiten, Deutschland in die Unmöglich-
keit versetzen, seine Interessen hinsichtlich der Grenz-
regulierung im Osten in der ihm gutscheinenden Weise
zu wahren. Als völlig unannehmbar bezeichnet Stresse-
mann den Anspruch von Frankreich, als Garant der Schieds-
verträge nach seinem alleinigen Ermessen und unmittelbar
eingreifen zu können. Weniger Sorge macht ihm die Ent-
waffnungsnote. Er ist überzeugt, dass diese Frage,
wenn eine Verständigung über den Sicherheitspakt er-
folgen könnte, leicht geregelt würde, wobei er aller-
dings viele Entwaffnungsbegehren zum Teil als ungerech-
fertigt, zum Teil als kleinlich, ja lächerlich bezeichnet.

Was die Zerstörung von Maschinen betrifft, so führt er die bezüglichen Forderungen auf den englischen industriellen Konkurrenzneid zurück. Alles in allem wolle aber die Deutsche Regierung entgegenkommen. Zum Ausspruch eines Mitgliedes der Militärkommission, dass diese sich mit der Erfüllung von 90 % ihrer Postulate begnügen könnte, meinte Stresemann, er sei bereit, mit 40 % zu akkordieren. Im übrigen fasst Stresemann heute noch, und das Kabinett hat ihm in seiner gestrigen Sitzung zugestimmt, die Abhaltung einer Konferenz zur Besprechung des ganzen Fragenkomplexes ins Auge, die aber seines Erachtens kaum vor September stattfinden könnte. Er hofft, so sagte er im Gespräche mit mir, dass die Schwierigkeiten Frankreichs in Marokko noch lange andauern und es dann zugänglicher machen. Auch wünscht er, dass Briand Aussenminister bleibt, mit dem als praktischem Realpolitiker leichter zu verhandeln sei als mit dem Schönredner Herriot. Wieweit die vermehrten Schwierigkeiten der Handelsvertragsunterhandlungen in Paris auf Instruktionen der Deutschen Regierung zwecks Ausübung eines Druckes zurückzuführen sind, bleibe dahingestellt. Im übrigen besteht kein Zweifel, dass Russland eifrig bemüht ist, Deutschland vom Abschluss des geplanten Sicherheitspaktes abzuhalten. Vom Leitartikel "L'Allemagne et les Soviets" vom 21. ds. im "Temps" vom 22. ds., der sich damit eingehend

*Wichtig!
M.*

beschäftigt, sagte mir Stresemann, der Verfasser habe offenbar tief in die Karten gucken können, womit er die dort gegebene Darstellung zum mindesten nicht abstreitet. Bekanntlich hat das "Echo de Paris" sogar gemeldet, die Russische Regierung habe Deutschland das formelle Angebot eines deutsch-russischen Garantievertrages unterbreitet als Preis für Deutschlands Verzicht auf einen Pakt mit Frankreich. Diese Meldung ist in der deutschen Presse als auf freier Erfindung beruhend offiziös demontiert worden. Ich erinnerte mich dabei aber einer Aeusserung, die Stresemann letzte Woche mir gegenüber tat. Bei der Erwähnung der Möglichkeit, dass Frankreich in die Lage kommen könnte, Polen gegen Russland zu unterstützen, sagte er: "Frankreich ist Polens Verbündeter; aber ich könnte gleich mit zwei mir gemachten Bündnisentwürfen aufwarten."

Scheint Stresemann wohl ebenso aus Ehrgeiz wie aus der Ueberzeugung von der politischen Notwendigkeit entschlossen zu sein, seinen Paktvorschlag trotz der französischen Antwort vorläufig weiter zu verfolgen, so soll er doch, wie mir der Bayerische Gesandte in Berlin sagte, schon Wasser in seinen Wein gegossen haben. Die Stellungnahme dieses deutschen Diplomaten zur französischen Antwortnote ist übrigens kategorisch ablehnend. Er erklärt, sich dabei mit weiten Kreisen in Uebereinstimmung zu wissen und behauptet, dass sich heute im Reichstag keine 30 Stimmen

für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund finden
würden. Was Briand aus dem wohlgemeinten deutschen Vor-
schlage gemacht habe, sei eine Totgeburt. Auf der fran-
zösischen Basis sei eine weitere Verhandlung überhaupt
ausgeschlossen und sollte gar nicht erst versucht werden.
Was biete denn der französische Vorschlag Deutschland?
Vielleicht eine baldige Räumung der Kölner Zone. Aber
diese müsse ohnehin einmal kommen, da Deutschland, soweit
es hierzu verpflichtet sei, die Abrüstung fortsetzen und
den Beweis für seine ihm vertraglich auferlegte Entwaffnung
erbringen werde. Eine kleine Beschleunigung der Räumung
aber sei das dafür zu tragende Opfer nicht wert. Denn im
übrigen lege der Pakt nach dem französischen System Deutsch-
land nur neue Fesseln an und bringe dieses zudem mit Russ-
land in Konflikt, ohne ihm auf der anderen Seite irgend
welche Erleichterungen oder anderweitige Vorteile zu bieten.
Gegenüber dieser schroffen, ablehnenden Haltung deutscher
Kreise legt allerdings Professor Stein, der Mitarbeiter
im Ullstein-Verlag, einen starken Optimismus an den Tag.
Aus Gesprächen in Paris mit massgebenden Politikern und
Journalisten will er die Ueberzeugung eines festen Willens
zur Verständigung Frankreichs mit Deutschland geschöpft
haben. Dabei würde die Unterschrift Hindenburgs unter
einem Pakt diesen besonders wertvoll machen. Die Deutsche
Regierung sei jetzt auch freier, nachdem der schädliche
Druck des Stinnes-Konzerns gewichen sei. "Stresemann wird

es schaffen", meint Stein. Ueber die wirkliche Stimmung in Frankreich wird Ihnen mein Kollege in Paris berichtet haben. Ist ein aufrichtiger Verständigungswillen dort tatsächlich vorhanden, so wird er sich in einer weitgehenden Abschwächung des Briand'schen Programms äussern müssen, ansonst vorab am Zustandekommen einer Konferenz zu zweifeln, sicher aber eine Verständigung ausgeschlossen ist, wobei erst noch Stresemann und vielleicht das ganze Kabinett Luther zu Fall kommen könnten.

In den Wirren in China erblickt Stresemann das Aufgehen der ersten Drachensaat aus dem Versailler Vertrag. Die Entente ernte, was sie gesät, als sie Deutschland zur Aufgabe seiner internationalen Privilegien in China gezwungen und damit begreifliche Begehren Chinas gegen sich selbst entfacht habe.

Die Frage des Anschlusses Oesterreichs an das Reich wird, auch in Regierungskreisen, zur Zeit eher kühl behandelt. Man hat nicht Lust, dem ohnehin schwer belasteten Wagen der Aussenpolitik noch mehr aufzubürden.

Ueber Hindenburg als Reichspräsidenten macht der Spötter Stresemann gelegentlich im kleinen Kreise sarkastische Bemerkungen. Aber man ist über die Wahl doch allgemein nicht nur immer beruhigter, sondern auch befriedigt. Bedeutet sie eine Enttäuschung, so ist es für den rechten Flügel, dessen einseitigem Einfluss der Reichspräsident

immer gleich unzugänglich ist; er soll sogar, wie ich aus seiner Umgebung höre, häufig und vertraut mit dem klugen sozialdemokratischen Reichstagspräsidenten Löbe verkehren.

In der Innenpolitik des Reiches stehen im Vordergrund des Interesses die gegenwärtig vor dem Reichstag liegenden Vorlagen des Zolltarifs, der Aufwertung und der Steuern. Die Regierung wünscht, alle drei bis zum 18. Juli durch den Reichstag verabschiedet zu sehen, worauf dieser in die Ferien gehen und dem Kabinett Zeit zur Behandlung des grossen internationalen Problems lassen würde. Böse Zungen behaupten auch, die Rechte unterstütze dieses Programm, um die Frucht der Beteiligung Deutschnationaler im Kabinett, die Agrarzölle, noch rasch einzuheimsen und dann ihre Parteiangehörigen aus der Regierung zurückzuziehen und sich damit der weiteren Mitverantwortung für die auswärtige Regierungspolitik zu ent schlagen. Vorläufig hat aber die Sozialdemokratische Fraktion der Zolltarifvorlage den Kampf angesagt. Will sie die Beratung sabotieren, so hat sie es in der Hand. Sie braucht dazu nur im Ausschuss zu jeder der vielen hundert Positionen das Wort zu ergreifen und gar im Plenum zu jeder ^{die} Abstimmung mit Namensaufruf zu verlangen. Die nächsten Tage werden zeigen, ob die Partei nur den Wählern gegenüber das Gesicht wahren und sich im übrigen mit der materiellen Opposition, die aber

die Annahme nicht verhindern wird, begnügen oder ob sie die Verantwortung dafür übernehmen will, durch Sabotierung der Vorlage der Regierung die Waffe für notwendige Handelsvertragsunterhandlungen zu verweigern.

In der Aufwertungsfrage ist den Deutschnationalen durch das Eindringen in den Reichstag von über 100 Unzufriedenen, die stürmisch Erfüllung der Wahlversprechen verlangten, eine arge Verlegenheit bereitet worden. Ueber die letzten Anträge der Regierung und des Ausschusses wird aber kaum mehr wesentlich hinausgegangen werden. Aus Regierungskreisen bin ich übrigens darauf aufmerksam gemacht worden, dass zum mindesten der Hypothekargläubiger sich über die vorgeschlagene 25%ige Aufwertung nicht beklagen darf, wenn man bedenke, dass in andern Ländern, wie Frankreich und Italien, wo die Valuta schon unter 25% gefallen sei, von einer Aufwertung überhaupt nicht gesprochen werde.

In der Frage der Preussischen Regierungsbildung herrscht vorläufig Ruhe. Die Rechte hat ihren Kampf um eine rein bürgerliche Regierung wieder einmal eingestellt. Stresemann sagte mir, wenn er sich als Reichsaussenminister zurückziehen wollte, würde er sich als Ruheposten einen preussischen Ministersessel wünschen. Um einen solchen entbrenne zwar wohl von Zeit zu Zeit ein Wortkampf, schliesslich bleibe aber alles wieder beim Alten.

Genehmigen Sie, Herr Bundesrat, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Rippenbach